

MM

Mangel an Brot und Mehl.

Die Besprechung beim Bürgermeister der Stadt Wien.

Wien, 27. November.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gestern sämtliche Abgeordneten der Stadt Wien zu einer Aussprache in der Ernährungsfrage berufen. In einer ausführlichen Darstellung wurde die gegenwärtige Situation in der Brot- und Mehlfrage beleuchtet und gleichzeitig die ganze Tätigkeit des Ernährungsamtes hystorisch dargestellt und einer energiegelichen Kritik unterzogen. Der Bürgermeister erblickt wohl mit Recht das besonders Kritische der gegenwärtigen Lage darin, daß trotz wiederholten Drängens kein eiserner Vorrat an Mehl in Wien angelegt wurde, das heißt eine Vorratsmenge vorhanden ist, aus der geschöpft werden kann, wenn aus irgendwelchen Ursachen die Getreide- und Mehlzufuhr nach Wien durch einige Wochen nicht regelmäßig fließt oder überhaupt stockt. Die technische Möglichkeit zur Einlagerung derartiger Vorräte sowohl in Getreide wie in Mehl liegt vor, weil die Räume der Bonwiller'schen Mühle und das Lagerhaus, die unter dem Einfluß der Gemeinde stehen, reichlich genügen, um große Mehl- und Getreidevorräte sicher und frei von jeder Gefahr des Verderbens durch längere Zeit aufzubewahren. Wenn der Bürgermeister gerade im gegenwärtigen Augenblicke auf diese Nichterfüllung seines wiederholten Begehrens aufmerksam macht, scheint dies deswegen zu geschehen, weil in der nächsten Zeit Schwierigkeiten in der Getreide- und Mehlzufuhr nach Wien drohen könnten und er sich verpflichtet fühlt, einerseits festzustellen, wen die Verantwortung für derartige Störungen in der Lebensmittelzufuhr trafe, andererseits durch Aufdeckung dieser Gefährdung der Konsumversorgung Wiens die Regierung unter dem Druck der Abgeordneten der Stadt Wien zu veranlassen, eine solche nicht auskommen zu lassen. Wien lebt seit nunmehr fast zwei Jahren, wie mit Recht in der Versammlung hervorgehoben wurde, von der Hand in den Mund. Die Versorgung der Bevölkerung einer Millionenstadt ist hiedurch allen Fährlichkeiten ausgeliefert, die durch Transporteschwierigkeiten oder auch durch andere Störungen im Ernährungsplan, selbst nur durch vorübergehende Verschiebungen der zur Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Mengen und Sorten hervorgerufen werden können. Die Konsequenzen dieser Lage wurden in den drei harten Kriegsjahren mehrmals verspürt, indem die Bevölkerung, abgesehen von den wiederholten Quotenkürzungen, mit allerhand Surrogatmehlen über eine oder mehrere Wochen hinweggebracht wurde. In diesem Jahre aber scheint überdies irgend etwas in dem Ernährungsplan nicht zu stimmen, so daß bereits im Monat November, also am Ende des vierten Monats nach der neuen Ernte, Versorgungsschwierigkeiten auftreten, die nicht allein Folgen der gegenwärtigen Transportkrise sind. Um so dringender wäre es — und hier hat der Bürgermeister recht — unter allen Umständen für die Anschaffung eines eisernen Vorrates in Wien zu sorgen, damit keine plötzlichen Ueberzählungen eintreten, die im vierten Kriegsjahre nach jahrelangen Opfern, nach jahrelanger Unterernährung der Bevölkerung nur sehr schwer ertragen würden.

Es ist richtig, daß die Aufgaben, die der Regierung in der Frage der Volksernährung erwachsen sind, zu den schwierigsten Verwaltungsproblemen gehören, welche sich je ergeben haben, insbesondere wenn man bedenkt, daß zuverlässige statistische Grundlagen weder für die Ermittlung der Vorräte noch des Friedensbedarfes vorliegen. Bedauerlich ist es aber, daß man nach den Erfahrungen dreier Kriegsjahre in der Bewältigung dieser Verwaltungsaufgabe nur geringe Fortschritte gemacht zu haben scheint. Von Kriegsbeginn an — und hier ist das im Magistratsbericht der Regierung vorgehaltene Sündenregister richtig, nur fehlt auch die Aufzählung der schweren Sünden, welche die Stadtverwaltung begangen hat — war es geradezu verhängnisvoll, daß alle Maßnahmen, deren Notwendigkeit auf der Hand lag, entweder unterlassen wurden oder zu spät eingesetzt haben. Es ist derzeit vielleicht müßig, daran zu erinnern, daß man im August 1914 die Getreidezölle

nicht aufgehoben hat und hiedurch die Getreideausfuhr Rumäniens geradezu nach Deutschland drängte, daß man mit der Fixierung von Höchstpreisen lange zögerte und sich dann nicht rasch genug entschloß, als man die Wirkungslosigkeit der Höchstpreisfestsetzungen ein sah, mit Beschlagnahmen und Requirierungen vorzugehen. Ebenso ist auf das traurige Kapitel der Verhandlungen mit Ungarn hinzuweisen, in denen nicht von Anfang an die Ausstellung eines gemeinsamen Ernährungsplanes als Grundprinzip erklärt wurde. Diese fortwährenden Unterlassungen, dieses verhängnisvolle „Zu spät“ hat eben dazu geführt, daß die Situation sich von Jahr zu Jahr verschlechtert hat, anstatt daß Produktion und Verwaltung wie in Deutschland in den Jahren des Krieges gelernt und sich angepaßt hätten. Dazu hat Lässigkeit in der Durchführung wichtiger Maßnahmen die landwirtschaftliche Bevölkerung daran gewöhnt, die behördlichen Verfügungen nicht ernst zu nehmen und nur so viel von ihrem Ueberschuß abzugeben, als sie selbst für zweckmäßig hielt. Man hat wiederum aus einer unrichtigen Gewerkepolitik heraus es im Gegensatz zu Deutschland unterlassen, geographisch besonders günstig gelegene Mühlen, die eventuell auch mit Wasserkraft arbeiten, in der Getreidezuteilung zu bevorzugen und hat dadurch eine Anzahl kleiner Betriebe in der Ausübung der Lohnmüllerei belassen, bei denen die Kontrollierung und Erfassung der Mehlvorräte auf besondere Schwierigkeiten stößt und die hiedurch zur Brutstätte eines illegitimen Schleichhandels geworden sind. Aber auch die städtische Verwaltung hat lange Zeit gebraucht, ehe sie die Mehl- und Brotproduktion zuließ. Sie hat sich dies eigentlich aufdrängen lassen, anstatt im eigenen Wirkungskreis vom Anbeginn an hiemit vorzugehen, wieder mit Rücksicht auf gewisse Wählerinteressen, denen man gegenüber allgemeinen Konsumversorgungsinteressen der Bevölkerung den Vorrang ließ. Ueberhaupt hat die Art, in der die Lebensmittel, für deren Ausbringung die Gemeinde Wien sorgte, dem Konsum zugeführt wurden, zu berechtigten Kritiken Anlaß gegeben. Wie hinter einem großen Schleier, den die einzelnen Abgabestellen der Gemeinde Wien auf dem Umwege über manche kleine Handelsstätte bildeten, wurde eigentlich die Tätigkeit der Gemeinde Wien verhüllt. Man sah nur die Schwierigkeit in der Erlangung dieser von der Stadt besorgten Nahrungsmittel für den einzelnen, niemals aber die große, vielleicht nicht immer dem Erfolg entsprechende Mühe, welche die Stadt Wien für die Lebensmittelversorgung aufgewendet hat.

Unbegreiflicherweise scheint trotz der Erfahrungen der vergangenen Jahre der Verwaltungsapparat nach einer Richtung vollkommen verfaßt zu haben. Die Ernteschätzungen scheinen falsch gewesen zu sein. So wird wenigstens gegenwärtig behauptet. Auf Grund der Ernteschätzungen wurde der Ernährungsplan aufgestellt und schon jetzt ist das Ernährungsamt angeblich zur Kenntnis gelangt, daß diese Schätzungen zu günstige waren und daher der Ernährungsplan einer Revision unterzogen werden müsse. Woher kommt das Ernährungsamt zu diesem Schlusse? Offenbar, weil die Getreideablieferungen sowohl in Oesterreich wie in Ungarn nicht entsprechende sind, das heißt, wenn die Erntetaxationen richtig gewesen wären, so müßten die Ablieferungen derzeit größere sein. Nur aus dieser Berechnung scheint das Ernährungsamt zu der Einschätzung gekommen zu sein, daß die Ernte hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Erscheint diese Annahme aber schlüssig? Sicher ist bloß, daß die Landwirte mit ihren Ablieferungen hinter den Anforderungen und Erwartungen zurückgeblieben sind. Nicht sicher ist aber, ob dies tatsächlich auf ungünstige Ernteergebnisse in den Brotsfrüchten zurückzuführen sei, oder ob vielleicht die Ursache auch darin liege, daß bei der Futtermittelnot Edelmetalle zur Viehfütterung herangezogen wird, oder ob schließlich und endlich nicht die Erntetaxationen doch richtig waren, die Landwirte jedoch ihrer Verpflichtung zur Ablieferung nicht in dem dem tatsächlichen Ernteergebnisse entsprechenden Maße nachkommen. Es ist nun schwer zu entscheiden, auf welche der drei Ursachen die ungenügende Getreideanlieferung zurückzuführen ist, oder ob vielleicht alle drei zu der ungenügenden Situation zusammenwirken. Dies kann aber nur ermittelt

werden, wenn mit der durch den Ernst der Situation gebotenen Energie an die requisitionsweise Ermittlung der noch in den Händen der Landwirte befindlichen Vorräte gegangen wird, sämtliche Lohnmüllereien der schärfsten Kontrolle unterzogen werden und schließlich und endlich im vierten Kriegsjahre dann die Dispositionen über allfällig requiriertes Getreide vernünftig getroffen werden, nämlich derartig, daß für den Weg vom Getreideproduzenten zur Mühle und dann zum Konsumenten die kürzeste Linie und nicht wie bisher durch die Eigenmächtigkeiten einiger Verwaltungsbezirke und unrichtige Dispositionen ein krummer Fickzackweg eingeschlagen wird.

Dies alles sind natürlich nur Mittel, um die Erfassung der tatsächlich vorhandenen Getreidevorräte denn doch endlich im vierten Kriegsjahre durchzuführen. Eine Vergrößerung des Lebensmittelvorrates wird hiedurch nicht erreicht, wohl aber mindestens die Erfassung des tatsächlich vorhandenen. Aber dadurch allein wird das Ernährungsproblem in diesem Jahre nicht gelöst werden, auch dann nicht, wenn die Ernte hinter den Erwartungen des Monats August nicht zurückbleiben würde. Der wunde Punkt ist zunächst unser Verhältnis zu Ungarn. Noch immer ist es selbst im vierten Kriegsjahre nicht gelungen, die Einheitlichkeit eines Ernährungsplanes durchzusetzen. Ungarn hält daran fest, daß auch nicht ein Dekagramm Mehl oder Butter über die Uebernahmeverpflichtung hinaus aus Ungarn nach Oesterreich gelangt. Jeder Mensch muß eine peinliche Durchsuchung über sich ergehen lassen, die unter militärischer Assistenz erfolgt, wobei es fraglich erscheint, ob die Beistellung der militärischen Assistenz eigentlich nach den bestehenden Gesetzen zulässig ist. Insofern hält Ungarn an den übernommenen Verpflichtungen fest. Es darf nicht mehr nach Oesterreich gelangen, als wozu sich die ungarische Regierung verpflichtet hat, wobei es aber zu wiederholten Malen geschehen ist, daß die Anlieferungen der ungarischen Regierung hinter den übernommenen Verpflichtungen zurückblieben oder mindestens in unregelmäßigen, die Versorgung Oesterreichs sehr behindernden Zeitabschnitten erfolgten. Immer wieder wies zwar die ungarische Regierung darauf hin, daß ungünstige Ernteergebnisse Schuld daran tragen, wenn Ungarn für die Lebensmittelversorgung der österreichischen Bevölkerung weniger leiste als im Frieden. Niemals ist aber von der ungarischen Regierung die Frage beantwortet worden, ob nicht angesichts der gemeinsamen Kriegsnot auch ein gemeinsamer Ernährungsplan aufzustellen wäre, ja durch bewußte Maßregeln, wie die Differenzierung der Kopquoten, einseitige Fixierung der Preise, wurde die Einheitlichkeit geradezu absichtlich durchbrochen. Die Not der Zeit ist aber so groß geworden, daß nunmehr unbedingt das Verlangen aufgestellt werden muß, die von Ungarn übernommenen Verpflichtungen einer Revision zu unterziehen, wobei die Gleichmäßigkeit der Ernährung beider Reiche zur Basis eines Aufteilungschlüssels genommen werden muß.

Nicht ganz klar erscheinen die Mitteilungen über Rumänien. Wir wissen, daß nach den Erfolgen in Rumänien im Herbst 1916 die Auffindung großer Getreidevorräte konstatiert wurde. Wir wissen ferner, daß diese Getreidevorräte nach einem zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn vereinbarten Schlüssel aufgeteilt wurden. Wir wissen weiter, daß diese rumänischen Vorräte uns das Durchhalten in der Kampagne 1916/17 wenn nicht ermöglicht, so doch zumindest wesentlich erleichtert haben. Wir erfahren nun, daß diese Vorräte aufgebraucht sind. Was ist aber mit den Ergebnissen der Ernte 1917? Hierüber schweigen die Mitteilungen des Ministers und des Ernährungsamtes. Die Weizen- und Maisernte 1917 war in den bestesten rumänischen Gebieten nach den übereinstimmenden Mitteilungen eine gut mittlere. Wann werden die Ergebnisse dieser Ernte für uns greifbar werden, welche Rolle spielen sie in dem gegenwärtigen Ernährungsplan? Sollten sie wegen Transporteschwierigkeiten, insbesondere mit Rücksicht auf die Jahreszeit, wegen Gefährdung des Donauweges nicht bald greifbar werden, so müßte man andere Dispositionen treffen. In den drei Kriegsjahren haben schon zu wiederholtenmalen Getreide- und Mehlzuschüsse zwischen den verbündeten Reichen stattgefunden. So war es einmal das Deutsche Reich, welches